

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 15.03.2021
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig CDU

Mitglieder

Michael Schernikau CDU

Herbert Thomascheski CDU

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Schumacher FDP Vertretung für: Renate Koschorrek

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Christian Fuchs CDU als 4. Ausschussmitglied der CDU

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Arne Thon Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Dieter Gerber Seniorenbeirat

Klaus Sommer Seniorenbeirat

Verwaltung

Manuel Baehr

Imke Dreessen

David Karohl

Jörg Amelung

Niels Schmidt

Niklas Viehmann Bürgermeister

Ralf Waßmann Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Renate Koschorrek

FDP

entschuldigt

Verwaltung

Gisela Sinz

Gäste:

1 Einwohner*innen

1 Vertreterin der örtlichen Presse

Der Vorsitzende Herr Kissig begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Frau Jacobs-Emeis bittet alle Anwesenden auch während der Sitzung einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Herr Kissig weist auf die aktuellen Corona- Bedingungen hin und bittet darum, Wortbeiträge möglichst kurz zu fassen und auf die notwendigen Punkte zu beschränken, um die Sitzungsdauer zu verkürzen.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.


Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 10 - 13.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2020 | |
| 4 | Bürgermeisterwahl 2021/2022 | |
| 4.1 | Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl | BV/2020/104 |
| 4.2 | Termin für die Wahl des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin | MV/2020/102 |
| 4.3 | Wahl der Gemeindevwahlleiterin/ des Gemeindevwahlleiters für die Bürgermeisterwahl | BV/2020/103 |
| 5 | Haushalt 2021 | |
| 5.1 | Stellenplan 2021 | BV/2020/087 |
| 5.2 | Haushaltssatzung 2021 | BV/2020/081-1 |
| 5.2.1 | Antrag der WSI-Fraktion
hier: Antrag zum Haushalt 2021 | ANT/2021/004 |

-
- | | | |
|-------------------------------|---|--------------|
| 6 | Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel | |
| 6.1 | 1. Nachtragsatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel | BV/2020/106 |
| 6.2 | Beschluss über die Veröffentlichung von Informationen in den Zeitungen bei Bekanntmachungen im Internet | BV/2020/107 |
| 7 | Digitale Sitzungen | |
| 7.1 | WSI Ideensammlung Digitale Sitzungen | ANT/2021/001 |
| 7.2 | Hinweise der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände zu § 35 a GO SH Sitzungen in Fällen höherer Gewalt | MV/2021/001 |
| 8 | Wahl der städtischen Vertretung in der Verbandsversammlung des kommunit IT - Zweckverbandes Schleswig-Holstein | BV/2020/105 |
| 9 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 9.1 | Cockpitbericht zum 31.12.2020 | MV/2021/006 |
| 9.2 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 9.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 9.4 | Öffentliche Anfragen | |
| nichtöffentlicher Teil | | |
| 10 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2020 | |
| 11 | Verleihung der Wedeler Ehrennadel 2020 | BV/2020/090 |
| 12 | Grundstücksangelegenheit Im BusinessPark Elbufer | BV/2020/098 |
| 13 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 13.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |
| Öffentlicher Teil | | |
| 14 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
- 

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Eine Einwohnerin erkundigt sich nach dem Stand ihrer an den Stadtpräsidenten gerichteten Anregung nach § 16 e GO und fragt, wieso das Thema heute nicht auf der Tagesordnung sei.

Der Stadtpräsident Herr Schernikau antwortet, dass es einen entsprechenden Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 25.03.2021 geben wird.

2 Anhörung der Beiräte

Herr Gerber stellt sich als neuer Vertreter des Seniorenbeirates im HFA vor.
Der Umweltbeirat und der Jugendbeirat haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2020

Es gibt keine Einwände zum Protokoll der Sitzung vom 07.12.2020.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2020 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Bürgermeisterwahl 2021/2022


4.1 Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl

BV/2020/104

Herr Kissig fragt das Gremium, ob der Vorschlag der Verwaltung zur Besetzung des Gemeindevwahlausschusses im in der Vorlage genannten Verhältnis so in Ordnung sei. Hierzu gibt es keine Einwände.

Die SPD erklärt, auf ein Losverfahren für die Position des zweiten Beisitzers der SPD/Die Grünen zu verzichten und tritt diesen Posten an die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ab.

Die Fraktionen benennen der Reihe nach ihre Vorschläge für die Besetzung des Gemeindevwahlausschusses. Die Grünen werden zwei Stellvertretungen im Rat am 25.03. noch nachmelden.



Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt in den Gemeindewahlausschuss für die Bürgermeisterwahl als

- | | |
|------------------------|--------------------------|
| 1. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Michael Schernikau | Stephan Schwartz |
| 2. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Michael C. Kissig | Julian Fresch |
| 3. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Alexandra Petersen | Rüdiger Fölske |
| 4. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Willibald Ulbrich | |
| 5. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Karin Blasius | |
| 6. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Martin Schumacher | Renate Koschorrek |
| 7. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Peter Ammer | René Penz |
| 8. <u>Beisitzer/in</u> | <u>Stellvertreter/in</u> |
| Irmgard Jasker | Pawel Jürgens-Grimm |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4.2 Termin für die Wahl des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin MV/2020/102

Für die Bürgermeisterwahl werden von der Verwaltung zwei Termine vorgeschlagen: 26.09.2021 zusammen mit der Bundestagswahl und der 06.03.2022. Die Vor- und Nachteile sind in der Vorlage aufgeführt.

Die CDU, SPD und Grüne führen aus, dass der Termin am 06.03.2022 präferiert wird, da nun die Zeit bis September zu knapp sei, um für die Parteien Kandidaten zu finden und um Wahlkampf betreiben zu können. Außerdem werde die Bedeutung der Bürgermeisterwahl an einem einzelnen Wahltermin hervorgehoben. Herr Schnieber kritisiert, dass die Vorlage, die ursprünglich für die Januar-Sitzung vorgesehen war, nicht aktualisiert wurde. Es wird erläutert, dass die Termine sich entsprechend nach hinten verschieben. Auf Nachfrage wird erläutert, dass der Raum Vejen als Wahlbüro für 6 Wochen genutzt werde, abendliche Veranstaltungen, wie die Fraktionssitzungen aber trotzdem dort stattfinden können.

Den endgültigen Termin legt der Gemeindewahlausschuss fest.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.3 Wahl der Gemeindegewahlleiterin/ des Gemeindegewahlleiters für die Bürgermeisterwahl **BV/2020/103**

Die Verwaltung schlägt Herrn Ralf Waßmann, Fachbereichsleiter des Fachbereiches Bürgerservice der Stadt Wedel vor.

Herr Schnieber fragt, ob auch ein Mitglied aus dem Ehrenamt als Gemeindegewahlleiter eingesetzt werden könnte. Da zu diesem Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden kann, wird die Abstimmung in die Ratssitzung am 25.03.2021 verschoben.

Beschlussempfehlung:

Es wird keine Beschlussempfehlung getroffen.

5 Haushalt 2021

Herr Kissig erläutert das Vorgehen zur Beratung des Haushaltes und des Stellenplanes, welches sich in diesem Jahr von dem Vorgehen der vergangenen Jahre unterscheidet.

Dieses Jahr wird es nur eine Beratungsrunde geben. Zuerst wird über den Stellenplan mit den HFA-relevanten Stellen, sowie die nachgereichten Stellen beraten. Im zweiten Schritt werden die HFA Produkte im Haushalt durchgesprochen. Nachfragen zu den anderen Produkten, sollen nur gestellt werden, wenn diese auch wichtig sind, ansonsten wären Fragen auch im Rat noch möglich.

5.1 Stellenplan 2021 **BV/2020/087**

Herr Schmidt erläutert, dass zum Rat noch eine weitere Stelle nachgereicht werde. Dabei handele es sich um eine halbe Ingenieurstelle für die Bauaufsicht. Dort ist es zu einer Steigerung der Fallzahlen sowie zu einer Überlastungsanzeige gekommen.

Mit den vorliegenden Änderungen wird der Stellenplan einstimmig empfohlen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt den Stellenplan mit den vorliegenden Änderungen für das Haushaltsjahr 2021 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.2 Haushaltssatzung 2021 **BV/2020/081-1**

Herr Schnieber fragt nach der Veranlagung der Abbruchkosten eines bestehenden Gebäudeteils der Gebrüder Humboldt Schule. Diese sind im Haushalt unter Aufwand im Ergebnishaushalt verbucht. Die WSI vertritt die Auffassung, dass die Abbruchkosten den Anschaffungs- und Herstellungskosten des neu zu errichtenden Anbaus zuzuschreiben zu seien. Es wird um eine Klärung mit dem Innenministerium gebeten.

Herr Kissig führt aus, dass ein genehmigungsfreier Haushalt in den nächsten 20 Jahren vom Tisch sein. Bis zu diesem Ziel müssten Jahresüberschüsse von insgesamt rund 40 Millionen Euro erzielt werden. Die Stadt sollte sich nicht künstlich im Haushalt reich rechnen, die ehrlichen Ergebnisse ausweisen und dann Fehlbedarfszuweisungen vom Land erhalten.

Herr Kissig bittet, in Zukunft im Vorbericht in der Übersicht der Steuererträge (S. 18) eine Zeile mit den erhaltenen Fehlbedarfszuweisungen aufzunehmen.

Auf Nachfrage zum diesjährigen Zuschuss für die Wedeler Kulturnacht, antwortet Herr Schmidt, dass dies bei der Vorstellung des Jahresberichtes von Wedel Marketing besprochen werden solle.

Herr Schnieber erklärt exemplarisch an einem Beispiel über eine Anschaffung für die Druckerei, dass die Darstellung im Haushalt nicht gut und verständlich gezeigt werde. Im investiven Bereich werden für 2020 10.000 € und für 2021 8.000 € veranschlagt. Hierbei ist nicht ersichtlich, ob es eine Gesamtsumme für eine Anschaffung, die Zahlungen aufgeteilt oder zwei getrennte Investitionen seien. Es werde hier also ein Erläuterungsband benötigt, die die Darstellung verständlicher macht.

Herr Amelung erläutert, dass dies mit der Software zusammenhängt und in der Planung sei. Herr Karohl erläutert, dass es in dem genannten Sachverhalt um die Anschaffung einer neuen Kuvertiermaschine ginge. Diese wurde 2020 nicht beschafft. In 2021 soll die Anschaffung getätigt werden, allerdings verringern sich die Kosten, da aufgrund der Digitalisierung der Aufwand gesunken sei und eine günstigere Maschine beschafft werden könne.

Herr Fölske fragt, wie die Verwaltung mit Kostensteigerungen im Bereich der EDV/ IT umgehe, was bereits unternommen wurde und wo die Probleme gesehen werde.

Herr Schmidt erläutert, dass wir uns jetzt in einer Phase der Digitalisierung befänden. Das Thema werde im IT Zweckverband thematisiert, bei dem es sich nicht ein gewinnorientiertes Unternehmen handelt. Die Kosten werden allerdings trotzdem weiterhin ansteigen.

Herr Kissig bittet, auch eine Gegenüberstellung der Kosten für IT mit den Einsparungen in den Bereichen aufzuzeigen. Herr Schmidt antwortet, dass die im Rahmen des Berichtswesens aufgearbeitet werden solle.

Auf Nachfrage zur Wirtschaftsförderung erläutert Herr Baehr, dass die Veranstaltung Wedel@Business in 2019 ca. 8.000 € gekostet habe. Die im Haushalt veranschlagte Summe von 50.000 € werde also nicht nur für die Veranstaltung verwendet, davon wird auch Porto, Marketing und Mitgliedsbeiträge für verschiedene Mitgliedschaften im Bereich der Wirtschaftsförderung bezahlt. Die Restsumme verbleibt im Haushalt.

Zu den nachgereichten Änderungslisten vom 01.03.2021 und 12.03.2021 gibt es keine Nachfragen.

Anschließend trägt Herr Schnieber einen Antrag der WSI vor. Protokollausführungen siehe TOP 5.2.1..

Danach lässt Herr Kissig über die Beschlussvorlage zum Haushalt inklusive der Änderungslisten abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2021.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen (1x WSI, 1x DIE LINKE)

5.2.1 Antrag der WSI-Fraktion

hier: Antrag zum Haushalt 2021

ANT/2021/004

Herr Schnieber trägt den Antrag der WSI vor.

„Im Produktbereich Wirtschaft und Tourismus Produktgruppe Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen des Haushaltes 2021 wird ein neues Produkt „Städtische Wohnungsgesellschaft“ (Namensgebung vorläufig) eingerichtet. Für die mit der Neugründung einer solchen

Gesellschaft verbundenen Kosten werden investive Mittel in Höhe von 30.000, -- € in den Hauhaushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Freigabe der Mittel erfolgt nach den entsprechenden Beratungen in den städtischen Gremien zu den genauen Aufgaben dieser Gesellschaft und deren Rechtsform durch den Haupt- und Finanzausschuss.“

Die CDU wird den Antrag ablehnen. Die Zielsetzung werde gesehen und die Meinung geteilt, dass in Wedel bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden solle. Vor 1,5 Jahren wurde bei einem Vortrag erläutert, dass eine städtische Wohngesellschaft erst über einen langen Zeitraum Ergebnisse erzielen könne und vorher hohe Kosten verursache.

Als Alternative wird angeregt, dass mit den bereits in Wedel vorhandenen Wohnungsbaugesellschaften Kooperationsgespräche geführt werden könnten, mit dem Ziel durch die Vergabe von Erbbaurechten auf städtischen Grundstücken an die Gesellschaften für die Stadt Belegungsrechte und Mietobergrenzen zu sichern. Die Wohnungsbaugesellschaften müssten allerdings an günstige Flächen gelangen, da ansonsten ein hoher Anteil an Eigentumswohnungen vorgesehen werden müsste, um die Grundstückskosten abdecken zu können.

Die Grünen waren damals dem Thema noch positiv gestimmt. Nun hätten sie allerdings das Interesse durch den Vortrag und negativer Erfahrungen anderer Kommunen verloren. Es gebe andere Maßnahmen, die das Ziel schneller erreichen können. Als Beispiel führt Herr Wuttke das verschärfte Wahrnehmen der gesetzlichen Vorkaufsrechte auf. Die Stadt Ulm z.B. lasse auf städtischen Grund durch Private bauen und könne sich so einen Anteil von über 30 % Sozialwohnungen vorgeben. Der Antrag der WSI wird daher abgelehnt.

Die SPD wird den Antrag ebenfalls ablehnen. Das Projekt rechne sich nicht. Derzeit müsse der Haushalt konsolidiert werden. Die SPD sei aber offen für das Thema und regt an, dass der Gedanke auf Kreisebene diskutiert werden könne, da dieser noch weitere Mittel und Möglichkeiten habe.

Auch die FDP wird den Antrag ablehnen. Es läge hier kein Bedarfsdeckungsdefizit, sondern ein Realisierungsdefizit vor. Die Flächen und die Investoren seien in Wedel vorhanden, allerdings fehle es an zügiger Realisierung der Projekte.

Die Linken stimmen dem Antrag zu. Sie selbst haben einen solchen Antrag nicht gestellt, da hierfür keine Mehrheit gefunden werde.

Herr Schnieber weist darauf hin, dass es bei dieser Gesellschaft nicht ausschließlich um den Wohnungsneubau, sondern auch um den Kauf von Bestandswohnungen gehen solle. Der Referent des angesprochenen Vortrages sei ein Lobbyist gewesen, der die Interessen des Verbandes vertrat. Die fachkundigen Aussagen von ihm könnte man auch in Frage stellen. Die Wohngesellschaft könne zunächst klein anfangen. Als weiteres Thema könne die Vorkaufsrechtssatzung vorangetrieben werden.

Sodann lässt der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag der WSI wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja (1x WSI, 1x DIE LINKE)

11 Nein

0 Enthaltung

6 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel

Es liegt ein neuer Vorschlag der Verwaltung vor. Bei einer positiven Beschlussfassung hebt dieser den am 07.12.2020 getroffenen Empfehlungsbeschluss auf.

6.1 1. Nachtragsatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel

BV/2020/106

Herr Dr. Murphy fragt, wieso die Ausschusssprecher nicht mit in die Entscheidung über die Durchführung einer digitalen Sitzung im konkreten Fall einer Ausschusssitzung mit einbezogen werden. Beim Rat tut dies der Stadtpräsident in Abstimmung mit dem Bürgermeister und dem Ältestenrat. Herr Kissig erläutert, dass der Ältestenrat nur für den Rat zuständig und kein Beschlussgremium sei. Eine Ausschusssprecherrunde gibt es in diesem Sinne gar nicht. Auch ohne eine Festschreibung in der Hauptsatzung steht es dem Ausschussvorsitzenden zu, sich mit den Ausschussmitgliedern zu beraten.

Herr Murphy ergänzt, dass es in der Vergangenheit zu Unmut gekommen sei, da einige Ausschussvorsitzenden bei der Frage nach der Absage von Sitzungen Alleingänge gemacht haben. Herr Schnieber stellt fest, dass es hierauf für die Absagen von Ausschusssitzungen zu einer Absprache zwischen den Ausschussvorsitzenden gekommen sei, in der ein gängiges Verfahren abgestimmt worden sei, welches nun bei den Absagen von Sitzungen angewendet werden solle.

Herr Schnieber weist darauf hin, dass es hierbei um die digitalen Sitzungen gehe, die nur bei Notwendigkeit im digitalen Format durchgeführt werden dürfen. Es sei kein Ersatz für die regelmäßigen politischen Sitzungen.

Herr Schmidt erläutert, dass es in der Regelung in der Gemeindeordnung viele unbestimmte Rechtsbegriffe gäbe. Es besteht keine Wahlmöglichkeit zwischen einer digitalen und einer Präsenzsitzung. Er rät davon ab, in der Hauptsatzung weiterführende Regelungen über die vorhergehenden Absprachen zu treffen, dies könne über anderen Wege festgehalten werden.

Herr Wuttke führt aus, dass der Antrag der Grünen vom 07.12.2020 zur Beibehaltung der bisherigen Bekanntmachungsvorschrift ein spontaner Vorschlag war, der die Mehrheit gefunden habe. Ihn überzeugt die gelieferte Begründung nicht, warum hier von dem Empfehlungsbeschluss Abstand genommen werden solle. Ein Ratsbeschluss könne einfach aufgehoben werden, eine Änderung der Hauptsatzung hingegen nicht. Er fragt nach einer Möglichkeit, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Satz in die Hauptsatzung aufzunehmen, ohne, dass er eine Rechtswirkung auf die Bekanntmachungen habe.

Frau Gärke erläutert dazu, dass es nun eine rechtlich andere Lage sei. Die Bekanntmachungsverordnung habe sich geändert. Sofern die Bekanntmachungsform das Internet ist, so ist der Hinweis auf Bekanntmachungen in den Zeitungen keine Wirksamkeitsvoraussetzung mehr. Es gab bereits diverse Rechtsverfahren, die fast an der Bekanntmachung gescheitert seien. Änderungen in Satzungen benötigen eine Ermächtigungsgrundlage. Diese sei für die Hinweise in den Zeitungen nicht mehr vorhanden.

Dies könne nur als Serviceleistung angeboten werden, ansonsten müsse die Bekanntmachungsform hin zu der Bekanntmachung in der Zeitung gewechselt werden.

Die CDU wird dem Verwaltungsvorschlag folgen. Sie teilt die Angst der Grünen nicht, dass der Ratsbeschluss einfach wieder aufgehoben wird.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass Zusätzliches in der Satzung immer ein Anhaltspunkt bietet, dass dort etwas hineininterpretiert wird. Der Verwaltungsvorschlag ist mit der Kommunalaufsicht bereits abgestimmt.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Vorlagen abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6.2 Beschluss über die Veröffentlichung von Informationen in den Zeitungen bei Bekanntmachungen im Internet BV/2020/107

Zu diesem Punkt gibt es keine gesonderte Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt,

dass die Verwaltung bei Bekanntmachungen und Verkündungen von Satzungen und Verordnungen durch Bereitstellung im Internet eine Information als Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger in den Zeitungen Wedel-Schulauer-Tageblatt und im Regionalteil des Hamburger Abendblattes veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Digitale Sitzungen

7.1 WSI Ideensammlung Digitale Sitzungen ANT/2021/001

Herr Schnieber erläutert, dass er die Anregung auf Basis des Beschlusses zur Hauptsatzung gestellt habe, um über das Thema ins Gespräch zu kommen. Er fragt, was die Verwaltung bereits getan habe, um solche Sitzungen zu ermöglichen.

Herr Kissig erläutert, dass der Kreis bereits eine Sitzung über Lifesize durchgeführt habe. Der öffentliche Teil wurde dabei per Livestream zur Verfügung gestellt. Die Sitzung wurde als Erfolg bezeichnet. Eine Voraussetzung sei es allerdings, dass alle Sitzungsteilnehmer die Kamera angeschaltet haben. Dies ist auch vom Innenministerium so vorgegeben.

Herr Schmidt gibt Auskunft, dass es Abstimmungen in den kommunalen Spitzenverbänden und mit Kommunit gebe. Herr Amelung ergänzt, dass die digitalen Sitzungen mit einer Software durchgeführt werden müsse, die der IT Verband nutzen und anbieten könne. Derzeit werde neben Lifesize auch BigBlueButton getestet, welches etwas komfortabler in der Anwendung sei.

7.2 Hinweise der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände zu § 35 a GO SH Sitzungen in Fällen höherer Gewalt MV/2021/001

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Wahl der städtischen Vertretung in der Verbandsversammlung des kommunal IT - Zweckverbandes Schleswig-Holstein BV/2020/105



Die SPD schlägt Herrn Lothar Kassemek als städtische Vertretung in der Verbandsversammlung des kommunal IT - Zweckverbandes Schleswig- Holstein vor.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel wählt Herrn Lothar Kassemek als Vertreterin / Vertreter in die Verbandsversammlung des kommunal IT-Zweckverbandes Schleswig-Holstein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Cockpitbericht zum 31.12.2020

MV/2021/006

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9.2 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Herr Schmidt berichtet, dass die Entwicklung der Corona-Zahlen derzeit schlecht sei. Die 50er Inzidenzgrenze wurde wieder überschritten. Bis letzten Freitag sei es zu einem Rückgang der Zahlen gekommen. Die Situation in Wedel sei einigermaßen stabil. In der letzten Woche sei verstärkt das Thema Testzentren präsent gewesen, obwohl die Stadt hierfür nicht zuständig sei.

Der Bund übernimmt die Kosten und das Land die Durchführung. Bis zum 08. April sollen flächendeckend Testzentren zur Verfügung stehen. In Wedel wird es nach derzeitigem Stand mindestens zwei Testzentren geben. Eines wird die Apotheke Dumke in der Bahnhofstraße in der ehemaligen Bäckerei Körner aufbauen, ein weiteres wird am anderen Ende der Bahnhofstraße im ehemaligen Sparkassengebäude eingerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Wuttke bezüglich des befürchteten grenzüberschreitenden Einkaufstourismus berichtet Herr Schmidt, dass es am Montag ungewöhnlich gut gefüllt war in der Bahnhofstraße, allerdings kein verstärkter Einkaufsandrang festgestellt wurde. Dies sei eher in den Einkaufszentren zu beobachten gewesen.


9.3 Bericht der Verwaltung

Herr Schmidt gibt die Auskunft, dass die Gemeindegewahlleiterin oder der Gemeindegewahlleiter kein Gemeindegewahlleiter/in sein muss.

Herr Kissig fragt, ob die Stadt Einlagen bei der insolventen Greensill Bank hat. Herr Scholz antwortet, dass weder die Stadt noch die Stadtentwässerung ihr Geld bei dieser Bank angelegt habe.

9.4 Öffentliche Anfragen

Herr Schnieber fragt, ob es sinnvoll sei, vor dem Rat am Donnerstag und künftigen Sitzungen Selbsttests durch die Verwaltung durchzuführen bzw. den Sitzungsteilnehmern zur Verfügung zu stellen. Herr Schmidt antwortet, dass in der Einladung des Rates darum gebeten wird, die Bürgertests wahrzunehmen, sofern dies möglich ist. Sollte ein Auftrag aus der Politik kommen, könnten auch Selbsttests beschafft werden. Herr Amelung ergänzt, dass diese Laientests allerdings deutschlandweit ausverkauft seien.



Herr Schnieber weist darauf hin, dass es derzeit schwierig sei, im Einwohnermeldeamt einen Termin zu bekommen. Herr Schmidt erklärt dies damit, dass das Einwohnermeldeamt nicht mit voller Personenzahl arbeiten könne, um die Abstände einzuhalten und um einen Komplettausfall im Falle einer Ansteckung unter den Mitarbeitern zu verhindern. Es gibt aber auch Notfalltermine für dringende Fälle.

Die Haushaltskonsolidierung soll nach den jetzigen Haushaltsberatungen im Mai durchgeführt werden.

Frau Süß erkundigt sich, ob sich die Stadt am Landesentwicklungsplan beteiligt hätte und mit welchem Inhalt. Eine Antwort dazu wird nachgeliefert.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

14 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse. Unter TOP 12 wurde ein Beschluss zur Verleihung der Wedeler Ehrennadel gefasst sowie eine Grundstücksangelegenheit im Businesspark Elbufer dem Rat empfohlen.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Kissig
Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann
Niklas Viehmann

